

»Hochschulen und Schulen müssen zivil bleiben«

FDP in Bremen möchte Jugendoffiziere der Bundeswehr stärker in den Unterricht einbinden.

Ein Gespräch mit Ekkehard Lentz

In der Bürgerschaft in Bremen steht am Mittwoch ein Antrag der FDP auf der Tagesordnung. »Die wertvolle Arbeit der Jugendoffiziere und -offizierinnen an Schulen, Hochschulen und Volkshochschulen auszubauen. Wie bewerten Sie diesen Antrag?«



Der FDP-Antrag offenbart erstaunlich deutlich die Nöte der Bundeswehr bei der Personalgewinnung. Die »wertvolle Arbeit« der Jugendoffiziere dient – vor dem Hintergrund stark nachlassender Bereitschaft wehrdiensttauglicher Generationen zum Eintritt in die Armee – eindeutig der politischen Werbung. In den »Richtlinien über Werbung in Schulen vom 18. Februar 1999« wird im Bremer Schulgesetz eine solche Beeinflussung generell abgelehnt bzw. stark eingeschränkt. Grundsätzlich ist das erneute Vorpreschen der FDP interessant. 2020 hatte sie den Senat in einer großen Anfrage dazu aufgefordert, die für Bremen »extrem wichtigen Rüstungs- und Sicherheitsunternehmen kräftiger zu fördern«.

Im Antrag heißt es, Jugendoffiziere seien »erfahrene Referenten«, die »aktiv zur politischen Bildung beitragen, indem sie weltpolitische Ereignisse analysieren«. Geht es da nicht eher um Beeinflussung?

Schule hat einen Bildungsauftrag, der von dazu qualifiziertem Fachpersonal geleistet werden muss. Jugendoffiziere sind letztendlich Propagandisten der Regierungspolitik, sie mögen rhetorisch erfahrene Referenten sein, zur Bildung sind sie nicht qualifiziert. Die Jugendoffiziere der Bundeswehr informieren nach den ihnen vorgegebenen Informationen über weltpolitische Ereignisse. Das ist nicht als politische Bildung, sondern als interessengeleitete Beeinflussung zu bewerten. Schulen und Hochschulen müssen zivil bleiben! Mehr gut ausgebildete Lehrer gehören in die Schulen. Das Geld ist da, aber es sollte nicht in militärische Aufrüstung investiert werden.

Bei Auftritten von Jugendoffizieren in Schulen wird vermutlich auch über den Ukraine-Krieg diskutiert. Ist da nicht eine sehr einseitige Darstellung zu befürchten?

Die Befürchtung ist mehr als angebracht, weil die Bediensteten der

Bundeswehr keine abweichenden Meinungen vertreten dürfen, selbst wenn sie privat anderer Meinung sein sollten. Mit Sicherheit dürfte im Sinne der aktiven deutschen Kriegsbeteiligung durch Waffenlieferungen und Ausbildung argumentiert und die Allianz USA/NATO und Deutschland als angebliche Verteidigerin der Menschenrechte und der Demokratie dargestellt werden. »Geopolitik im Kontext der Zeitenwende« hat die FDP ihren Antrag überstrichen. Sind solche Vorstöße Ausdruck einer fortschreitenden Militarisierung der Gesellschaft?

Ja. Schon allein die Begriffe, mit denen im Antragstitel hantiert wird, zielen auf eine Thematik, die im Schulunterricht kaum kritisch beleuchtet werden kann. Wer dann noch das hochkomplexe Thema »Geopolitik« mit dem ideologischen Modewort »Zeitenwende« vermischt, hat nicht Aufklärung, sondern Beeinflussung im Sinn. Wenn schon von Geopolitik die Rede ist, sollte aus meiner Sicht die Osterweiterung der NATO und die Aufrüstung der Ukraine – lange vor dem 24. Juni 2022 – nicht vergessen werden. Die FDP als historisch bekannte Partei von NS-Ritterkreuzträgern knüpft damit an ihre historisch bedenklichsten Positionen an, statt sich an freiheitlichen Grundsätzen etwa des »Freiburger Programms« der FDP von 1971 zu orientieren.

Wie schätzen Sie die Haltung von Schülervertretungen oder der GEW zu dem Thema ein? Gibt es da Widerstand gegen den Antrag oder muss noch mehr passieren?

Bisher kenn ich keine kritischen Äußerungen, außer vom Bremer Friedensforum und von Aufsteften Bremens. Es wäre mehr als wünschenswert, wenn Schülervertretungen und GEW dem Antrag widersprechen bzw. ihm mit jeweils eigenen Alternativvorstellungen entgegentreten würden. Wir haben sie in Bremen nach Bekanntwerden des FDP-Antrags entsprechend informiert und sind gern unterstützend tätig, damit der Antrag der FDP zum Rohrkrepierer wird. In kriegerischen Zeiten wie diesen sollten die Friedenserziehung und der Wunsch nach Versöhnung und Völkerverständigung im Vordergrund stehen.

Interview: Kristian Stemmler



Kein neues Öl. Mit einer Protestkundgebung haben am Montag rund 100 Wissenschaftler in London gegen die Klimakrise demonstriert. Wie die Nachrichtenagentur PA gleichzeitig mitteilte, reagierten die Wissenschaftler mit dem Slogan »No new oil« (Kein neues Öl) auf die Ankündigung von Premierminister Rishi Sunak, mehr als 100 neue Bohrlizenzen für die Öl- und Gasproduktion in der Nordsee zu genehmigen um die Förderung der fossilen Energieträger »maximal auszuschöpfen«. Fernsehmoderator Chris Packham führte den Protest an. (jW)

Kimme und Korn für den Wolf

Bundesumweltministerin Lemke plant »schnelle, unbürokratische Abschüsse«

Noch ist es ein Zukunftsszenario: Gewehrsalven peitschen durch das Dickicht, im Unterholz hat eine Trachtengruppe Schießwütiger ihren Lieblingsfeind ausgemacht – ein »blutrünstiges« Rudel umherstreifender Wölfe. Aber: Ihnen soll es tatsächlich »schneller und unbürokratischer« an den Kragen gehen, wurde Bundesumweltministerin Steffi Lemke (Bündnis 90/Die Grünen) am Montag in *Die Welt* zitiert. Abschüsse nach Rissen, dafür will die Ressortchefin Ende September »konkrete Vorschläge« machen, bestätigte gleichzeitig ein Ministeriumssprecher gegenüber jW.

Offenbar zeigt das PR-Dauerfeuer von Jagdgessellschaften, Wild- und Weidetierhaltern sowie konservativen Bauernverbänden Wirkung – bis in die Ampelkoalition. Lemke: »Wenn Dutzende Schafe gerissen werden und

verendet auf der Weide liegen, dann ist das eine Tragödie für betroffene Halter.«

Nur, der Wolf ist bundes- und europarechtlich geschützt, streng sogar. Nach offiziellen Angaben zogen 2022 bundesweit 161 Wolfsrudel, 43 Wolfspaare und rund zwei Dutzend Einzelwölfe durch die Gegend, in summa schätzungsweise 1.300 bis 3.000 Tiere. Das Problem für die Abschusslobby: Ein »günstiger Erhaltungszustand« beim Wolf lässt sich nicht präzise ermitteln. Der ist indes Voraussetzung für eine »erleichterte Bestandsregulierung«.

Umwidersprochen bleibt Lemkes Vorstoß nicht. Uwe Friedel, Wolfsexperte beim BUND Naturschutz in Bayern, kritisierte am Montag im jW-Gespräch das Debattenziel. »Den Fokus auf Abschussquoten zu legen ist falsch.« Ein Denkfehler. Warum? Es gebe keinen direkten

Zusammenhang zwischen Wolfsanzahl und Weideterrassen. »Der Punkt ist ein verbesserter Herdenenschutz«, denn noch immer würden überwiegend ungeschützte Schafe und Ziegen gerissen. »Kurz, Gelegenheit macht Diebe, wenn die Hoftür offensteht.«

Überzeugungsarbeit dürfte der Minister auch in den eigenen Reihen bevorstehen. Ihr »grüner« Partikolleg Harald Ebner, Vorsitzender des Umweltausschusses im Bundestag, meinte kürzlich zu jW: Wem Jungwölfe Eltern verlören, steige das Risiko, »dass anschließend Nutztiere statt Wildtiere gerissen werden«. Denn Rudel ohne Leittiere bevorzugen zuallererst leichte Beute. Und: Hinter dem Ruf nach Absenkung des Schutzstatus für den Wolf stecke der Wunsch »nach einer Wiederausrottung«.

Oliver Rast

NACHRICHTEN

Neue Kooperation im östlichen Mittelmeer

Athen. Griechenland, Zypern und Israel wollen ihre Zusammenarbeit im östlichen Mittelmeer ausbauen. Das haben Israels Regierungschef Benjamin Netanyahu, Griechenlands Regierungschef Kyriakos Mitsotakis und der zypriatische Präsident Nikos Christodoulidis am Montag nach einem Treffen in der zypriotischen Hauptstadt Nikosia erklärt. Terrorismusbekämpfung, Bekämpfung von Bränden, Verteidigung, Sicherheit und Energie stehen im Mittelpunkt. Das Zusamminkommen der drei Vertreter der Mittelmeerstaaten war das neutrale Gipfeltreffen in acht Jahren. Das nächste soll in Israel stattfinden. (dpa/jW)

Irland geht gegen britisches Amnestiegesetz vor

Dublin. Irland erwägt rechtliche Schritte gegen ein geplantes britisches Gesetz, das im sogenannten Nordirlandkonflikt eingesetzten britischen Kämpfern Immunität gewähren würde. »Wir haben

um Rechtsberatung gebeten«, sagte Irlands Außenminister Michael Martin der *Financial Times* vom Montag. In rund zwei Wochen werde diese ausgewertet, »in bezug darauf, wie wir weiter vorgehen«, kündigte er an. Das Gesetz, die nächste Woche im britischen Parlament beraten werden soll, sieht die Schaffung einer Wahrheits- und Heilungskommission vor, die britischen Einsatzkräften und Paramilitärs Amnestie anbieten soll, solange sie mit den Ermittlungen kooperieren. (AFP/jW)

BRD-Exporte im Juli zurückgegangen

Wiesbaden. Die Exportziffern der BRD sinken. Wie das Statistische Bundesamt in Wiesbaden am Montag mitteilte, gingen die Ausfuhren im Juli sowohl im Vergleich zum Vormonat (minus 0,9 Prozent) als auch zum Vorjahresmonat (minus 1,0 Prozent) zurück. Insgesamt summieren sich die Exporte in dem Monat auf 130,4 Milliarden Euro. Auf den Zeitraum der ersten sieben Monate des laufenden Jahres gesehen, liegen

die Exporte nach Behördenangaben aber kalender- und saisonbereinigt mit 922,4 Milliarden Euro um 2,9 Prozent über dem Vorjahresniveau. Wegen teils enormer Preissprünge erzielte der BRD-Außenhandel 2022 einen Rekord. (dpa/jW)

Strack-Zimmermann greift Scholz wegen »Taurus« an

Schmallenberg. Die FDP-Politikerin Marie-Agnes Strack-Zimmermann hat die Linie von Bundeskanzler Olaf Scholz (SPD) bei der Lieferung von »Taurus«-Marschflugkörpern an die Ukraine kritisiert. »Auf was wartet der Bundeskanzler in Gottes Namen? Er alleine blockiert diese Entscheidung innerhalb der Koalition. Das ist verantwortungslos«, schrieb die Vorsitzende des Verteidigungsausschusses am Sonntag abend auf der Plattform X. Der SPD-Abgeordnete Ralf Stegner kritisierte Strack-Zimmermann. Sie beschimpfte »mal wieder den Kanzler, weil er nicht bei jeder Forderung nach Waffenlieferungen salutiert und Vollzug anordnet.« (dpa/jW)